

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gehr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Danien 2. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. **Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertats werden die 7spaltige Zeitspalt mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 7.10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 244.

Dresden, Freitag den 18. Oktober 1918.

29. Jahrg.

An Deutschlands Männer und Frauen!

Die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volkstreffen noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist.

Deutschland ist auf dem Wege vom Obrigkeitstaat zum Volksstaat

In Preußen ist das gleiche Wahlrecht geschaffen und damit der erste entscheidende Schritt zur Zertrümmerung der Junkerherrschaft getan. Auch in allen andern Bundesstaaten regen sich die Volksmassen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der freien Willkürherrschaft des unverschämten Volkswillens im Wege stehen.

Der Wille des Volkes oberstes Gesetz, das wird, das nun in kurzem entscheidendes Leitmotiv für die Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten werden muß.

Leider mußte sich die außenpolitische Lage unseres Landes erst so ungünstig gestalten, um diese Umwälzung, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kämpft, herbeizuführen. Millionen blühender Menschenleben und unermessliche Kulturgüter wären vor Vernichtung bewahrt geblieben, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit sich nicht den herrschenden anvertraut, sondern längst seine Geschicke in die eigene Hand genommen hätte.

Netzt ist die Lage unseres Landes bitter ernst. Die Südfront ist zusammengebrochen und an der Westfront stürmen die Massenheere der Entente, der die Menschen und Wirtschaftskräfte von drei Weltteilen zur Verfügung stehen, mit unerschütterlichem Uebergewicht an Menschen und Material gegen unsere Truppen an.

Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungssucht englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitik zu werden.

Was wir am 4. August 1914 erklärt haben: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich“ gilt heute in verstärkter Weise. Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden.

Nur um unser Land und sein Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren, haben Vertreter unserer Partei das Opfer auf sich genommen und sind in die Regierung eingetreten. Sie haben in dieser furchtbaren Situation ihr verantwortungsvolles Amt angetreten mit dem heißen Bestreben, unserem Volke

Frieden und Freiheit

zu bringen.

Die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volkstreffen noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist.

Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, muß eine Regierung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung unseres Landes sein. Nur so lange sie es ist, werden ihr Sozialdemokraten angehören.

Um das entsetzliche Verbrechen zu beenden, hat die neue Regierung schnellstens einen Waffenstillstand angeboten und sich bereit erklärt zu einem Frieden des Rechts und der Völkerveröhnung, wie ihn die Sozialdemokratische Partei seit Kriegsbeginn angestrebt hat.

Auch die Parlamentarisierung und Demokratisierung unseres Landes ist taikräftig in Angriff genommen. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich mit ganzer Kraft dafür ein, daß die notwendige innerpolitische Umwälzung sich schnell und reiflos vollzieht. Je zahlreicher und entschlossener die großen Volksmassen sich hinter die Partei stellen, um so leichter wird sie die Kräfte überwinden, die sich ihr hemmend und hindernd in den Weg stellen.

Schon regen sich gegen diese friedliche Revolution die dunklen Mächte der Gegerevolution.

Jene alldeutsch-konservativ-schwerindustriellen Eroberungs- und Interessenpolitiker, jene chauvinistischen Demagogen und Phantasten, die unterstützt von den Millionen der Kriegsgewinnler aller Art und gefördert durch eine unverantwortliche Militärkamarilla seit Jahr und Tag mit eifriger, verlogenen Bundbilder-Plakaten und nationalistischen Siegespropaganda in den Versammlungen der Vaterlandspartei und deren Schriften, wie in einer willfährigen Presse das deutsche Volk in eine Wolke künstlichen Nebels voll Lug und Trug gehüllt haben, alle jene Schuldigen, die das deutsche Volk in die schlimmste Lage gebracht haben, sie erkennen jetzt, nachdem ihr Kartenhaus zusammenstürzt, es dem Volke wie Schuppen von den Augen fällt, den Gipfel der Schamlosigkeit: sie verurteilen den Unmut des Volkes gegen die neue Regierung zu lenken.

Nicht die Ausplünderung und Aushungerung des Volkes durch die agrarischen und sonstigen Lebensmittelausbeuter, nicht die Korruption und die viel Erbitterung auslösende Behandlung an und hinter der Front, nicht die parteiische Unterbindung des Versammlungsrechts und die empörende mißbräuchliche Handhabung der Zensurgesetze, durch die das freie Wort unterdrückt und die alldeutsche Lüge gegählet wurde, hätten die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volkes untergraben, nein, die Nieder- und Flammerei der Männer in der neuen Regierung haben das verschuldet, so behaupten die alldeutschen Demagogen im Lager der agrarischen und schwerindustriellen Kriegsgewinnler. Mit Aufrufen und Resolutionen laufen sie Sturm

gegen die neue Regierung, weil sie ehrlich den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung unseres Landes anstrebt. Durch skrupellose Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit verurteilt man sogar die Arbeiteransprüche industrieller Werke als Sturmbaum zu mißbrauchen; auch mehrten sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen.

Gegen dieses verderbliche Treiben muß das deutsche Volk wie ein Mann Front machen. Besonders die arbeitenden Volksmassen müssen ihre ganze Macht einsetzen, um den Einfluß jener Kreise, die so viel Unheil über Deutschland und das deutsche Volk gebracht haben, gründlich und endgültig zu brechen.

Auch alle jene Treibereien durch bolschewistische Revolutionsphrasen verirrter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzubringen versuchen, erschweren den Frieden und die Demokratisierung Deutschlands und arbeiten, wenn vielleicht auch ungewollt, den alldeutschen Kriegstreibern und Feinden der Demokratie in die Hände.

Die Klassenbewußte Arbeiterklasse muß es ablehnen, sich zum Sturmbaum der Gegenrevolution und zum Helfer der imperialistischen Gewaltspolitik diesseits und jenseits der Front mißbrauchen zu lassen.

Nicht durch die Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkrieges, der zu dem Blutstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Unglück und neue Ströme Unheil bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsgier unserer Feinde anreizen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.

Nein, wie die berufenen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei immer erklärt haben, im Wege friedlicher Umwälzung wollen wir unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus überleiten.

Wir sind auf dem Wege zum Frieden und zur Demokratie.

Alle patriotischen Treibereien durchkreuzen diesen Weg, dienen der Gegerevolution.

Angesichts der Morgenröte des Friedens und der Freiheit darf und wird sich die Klassenbewußte Arbeiterklasse an und hinter der Front nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen, die letzten Endes nur den Feinden des Volkes nützen.

Bis zum nahen Frieden und auch nach Friedensschluß stehen uns noch schwere Tage bevor. Wir müssen sie überstehen, wir können sie überstehen in dem sicheren Bewußtsein, die Zukunft gehört der Völkerveröhnung, der Demokratie und dem Sozialismus!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Stützungsversuche in Oesterreich-Ungarn.

A. I. Das alte Oesterreich-Ungarn hat wirklich und endgültig zu bestehen aufgehört. In dem Wirbel der großen Zeit lohnt es sich schon, einen Augenblick stillzuhalten und der Lachade in ihrer vollen Tragweite ins Auge zu fassen, daß unter mächtiger Verbündeter nicht mehr in der Welt und als das völkerrückliche Subjekt besteht, als das er 1878 das Bündnis mit Deutschland geschlossen hat und 1914 in den Krieg eingetreten ist.

Der Oesterreichische Ministerpräsident hat den Parteien am Mittwoch erklärt, daß in kurzer Zeit eine kaiserliche Proklamation erscheinen werde, die Oesterreich unter dem Namen „Kaisertum Oesterreich“, den tschechischen Staat unter dem Namen „Königreich Böhmen“, den ungarisch-ukrainischen Staat unter dem Namen „Königreich Galizien“ und den südslawischen Staat unter dem Namen „Königreich Illyrien“ anerkennt.

Den Polen wird die freie Wahl gelassen, ob sie in diesem Staatenverbände bleiben wollen oder den Oesterreichischen Staat völlig von ihren Schutten schütteln und ganz und gar in dem neuen polnischen Staat mit der Hauptstadt Warschau aufgehen wollen. Wie diese Wahl ausfällt, ist gar keine Frage. Die Oesterreichischen Polen haben sich so oft und laut für das unheilbare Großpolen ausgesprochen, daß sie natürlich mit jubelndem Herzen ihre Entscheidung fällen werden. Es ist denkbar, daß sich die Oesterreichische Regierung bei ihrem Scheitern verblüffend weiten Entgegenkommen gegen die Polen von dem Kaiser leiten läßt, die Polen würden in einem Herrscher aus dem Hause Habsburg keine Bedrohung ihrer neu erworbenen Souveränität sehen, wenn ihnen jede Freiheit

gelassen wird. Die austropolitische Lösung scheint noch immer nicht ganz tot zu sein. Vielleicht wird es aber bei den weitgalizischen Polen andrerseits verknüpfen, daß die verachteten ostgalizischen Ruthenen (Ukrainer) der Ehre eines eigenen Königreichs gewürdigt werden. Die polnischen Großgrundbesitzer wollen mit ihren ostgalizischen Lehnleuten nicht unter die Herrschaft eines ukrainischen Staates fallen, der ihnen national und sozial feindlich gegenübersteht. Die nationale Romantik der Polen betrachtet zudem Ostgalizien ebenso wie im Norden Litauen als Teile des historischen Großpolens, dessen Wiedergeburt als leuchtendes nationales Ideal gefeiert wird.

Die Oesterreichische Regierung gelobt die Souveränität der Völker anzuerkennen, und betrachtet sich nur zu der Aufgabe berufen, das alte, geschichtliche Oesterreich zu Grabe zu tragen. Die Abgeordneten der verschiedenen Nationen sollen sich als Nationalversammlung konstituieren, die die Bildung der nationalen Staaten vorbereiten und die Zusammenhänge zwischen den einzelnen nationalen Staaten festzustellen haben.

Die Tschechen sind von vornherein ganz unzufrieden und haben sich nicht einmal den neuen weitgehenden Vorschlag, der wichtige Anregungen der deutsch-Oesterreichischen Sozialdemokraten — leider recht spät — verwirklicht, von dem Ministerpräsidenten Juszaroff vortragen lassen. Vielleicht finden sie noch unter den Südslawen Gefolgschaft. Sie wollen die Verwaltung sofort in ihre Hände nehmen und kraft ihres Rechts ihren Staat begründen. Sie wollen sich nicht die Staatsform vorzeichnen lassen. Und sie wollen endlich nicht auf die ihnen stammverwandten ungarisch-südslawischen — das Staatsgebiet Ungarns wird von dieser Um-

wälzung nicht berührt — verzichten, aber ebensowenig auf die steuerkräftigen Deutschböhmern, die zwar nicht auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechts, sondern mit Hinweis auf vergilbte Pergamente und historische Rechtsurteile zu Zwangsbürgern des tschechischen Staates werden sollen.

Die Tschechen sollen aus ihrer eigenen kämmererreichen Geschichte lernen, daß Völker nicht untergeben und sich von den schwersten Niederlagen mit neuer Lebenskraft erholen. Darum sollen sie, die von drei Seiten von Deutschen und von der vierten Seite von Madjaren umwohnt werden, sich hüten, diese Nationen in einen unerschütterlichen Doh zu treiben. Die Wiener Arbeiterzeitung hebt die gebieterische Notwendigkeit für alle Deutschösterreicher hervor, auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechts den Anschluss an Deutschland durchzusetzen, wenn die andern bisher Oesterreichischen Nationen nicht ein geschlossenes, einheitliches Wirtschafts-, Steuer- und Verkehrsgebiet bilden, das der deutsch-Oesterreichischen Industrie allein die Möglichkeit zu existieren gibt.

Die Auflösung Oesterreichs hätte zur notwendigen Folge die völlige Selbständigkeit Ungarns, das mit den bisher Oesterreichischen Ländern durch die Person des Kaisers und die gemeinsamen Angelegenheiten (auswärtige Politik, Heer, Posten und den von zehn zu zehn Jahren neu zu bestimmenden Zolltarif) verbunden war. Der Herrscher bleibt noch gemeinsam (Personalunion), die gemeinsamen Angelegenheiten (Realunion) verschwinden im Papierkorb der Weltgeschichte. Der vom Kaiser neu beschäftigte ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat eine entsprechende Erklärung bereits im ungarischen Abgeordnetenhaus abgegeben.

Bei dieser Gelegenheit forderte Graf Michael Karolyi, der bekannte Pazifist, zum Sonderfrieden mit dem